

perspektiven

Rundbrief der LOBBI Ausgabe 3 / Herbst 2008

Sturm im Wasserglas - Autonome Nationalisten und NPD Rechter Schläger bedroht arabische Familie – Jugendstrafe verhängt Ungestörte Hassgesänge „Das ganze Deutschland soll es sein“ - Antipolnische Agitation in Vorpommern Braunes Fussballturnier Haftstrafen nach Angriff auf Punk Im Westen was Neues - Opferberatung in den alten Bundesländern Polizei verhindert Neonazitreffen



Liebe Leserin,
lieber Leser,

die Rostocker Polizei verhinderte im November ein Konzert mit der vorpommerschen Rechtsrockband DIE LIEBENFELS KAPPELLE. Die angereisten Gäste waren danach „schlecht gelaunt“, weil ihnen das Mitsingen von Titeln wie „Deutschland bleibt Deutschland“ versagt blieb. „Kein Abkommen, kein Vertrag, wird uns je die Heimat nehmen“ und „wird in Königsberg bald wieder Deutsches Banner, hoch im Winde weh'n!“ heißt es in diesem Lied. Mit diesem Song liefert die Band gewissermaßen den Soundtrack für die antipolnische Propaganda der Neonazi-Szene im Land. Der Text in der Mitte des Heftes beleuchtet dieses Themen- und Aktionsfeld von NPD und Kameradschaften näher.

Wie wichtig Information über Erscheinungsformen der rechten Szene sind, zeigt der Vorfall vom 09. November in Waren. Hinter einer Gruppe Maskierter, die eine Veranstaltung anlässlich der Pogromnacht störten, vermutete die Stadtverwaltung öffentlichkeitswirksam die ANTIFASCHISTISCHE INITIATIVE RÖBEL und ist damit dem Mummenschanz sogenannter AUTONOMER NATIONALISTEN aufgesessen (Seite 6). Allerdings offenbart diese Einschätzung auch eine mangelnde inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema. Die Annahme, eine Antifa-Gruppe würde eine Gedenkveranstaltung mit antisemitischen Parolen stören, ist nicht nur völlig abwegig – diese undifferenzierte Analyse diskreditiert auch das wichtige Engagement von Jugendlichen gegen Rechts.

Impressum:
PERSPEKTIVEN / November 2008
Hrsg.: LOBBI e.V. / Tilly Schanzen Str. 2
17033 Neubrandenburg / 0395.455 07 18
mail@lobbi-mv.de / V.i.s.d.P.: Kay Bolick

Foto: LOBBI / AN am 03. Oktober 2008 in Stralsund

Bitte informieren Sie uns, wenn Sie den Rundbrief [nicht mehr] regelmäßig oder per mail erhalten wollen.

Arabische Familie bedroht – Jugendarrest

Am 10. Mai diesen Jahres wartet ein aus Kuwait stammendes Ehepaar mit seinen drei Kindern auf dem Wismarer Bahnhof auf einen Zug nach Schwerin. Der gelernte Journalist und seine Frau werden von zwei palästinensischen Freunden begleitet, die jeweils ein Kind bei sich haben, als der Ehemann unvermittelt angerempelt wird. Als er den jungen Mann anspricht, reagiert dieser sofort äußerst aggressiv. Er zieht einen Schlagstock und droht dem Familienvater im Beisein seiner Kinder, dass er ihn töten werde. Dann beschimpft er ihn, seine Frau und die Bekannten rassistisch und gibt dabei Parolen wie: „Deutschland den Deutschen ! Ausländer raus !“ von sich. Schließlich entfernt er sich einige Schritte, schlägt die Hacken zusammen und zeigt den „Hitlergruß“.

Dafür musste sich der 19-jährige am 23. September vor dem Amtsgericht Wismar verantworten. Der junge Mann aus Nordwestmecklenburg, der sich selbst als „extrem rechts“ bezeichnete, gab die Taten zu, zeigte jedoch kaum Reue. Da die Jugendgerichtshilfe ihm massive Entwicklungsdefizite bescheinigte, wurde er nach Jugendstrafrecht zu Freizeitarrrest verurteilt. Außerdem erließ das Gericht eine halbjährige Betreuungsweisung.

Das bedrohte Ehepaar schilderte im Prozess das Geschehen und dessen Folgen für die Kinder, die seitdem verängstigt sind und nicht verstehen können, warum jemand so etwas tut. „Warum bedroht man mich vor meinen Kindern. Ich lebe seit fünf Jahren hier. Ich bin nicht aggressiv und habe niemandem etwas getan. Sie sollten mehr über uns und unsere Kultur erfahren“, so der Familienvater zu dem Rechten. ■

Haftstrafen nach Angriff auf Punk verhängt

Das Stralsunder Jugendschöffengericht hat am 23. Oktober zwei rechte Schläger wegen gefährlicher Körperverletzung zu Haftstrafen von 9 und 12 Monaten verurteilt. Eine der Strafen wurde zur Bewährung ausgesetzt. Die beiden Angeklagten hatten am 09. Juni diesen Jahres einen Punk in Stralsund Grünhufe angegriffen und verletzt.

Der Jugendliche wurde in einem Skatepark von den Angeklagten angesprochen und sollte erklären, warum er Punk ist. Nachdem der 19-jährige das Gespräch beenden und den Platz verlassen wollte, schlug einer der Täter ihm von hinten eine Flasche über den Kopf. Nach der Attacke drohten ihm die Rechten mit Vergeltung, sollte er die Tat bei der Polizei anzeigen. Der Jugendliche erlitt eine Platzwunde am Kopf, die ambulant behandelt werden musste. Die beiden Verurteilten sind wegen Körperverletzungsdelikten, Diebstahl, Sachbeschädigung und Verwendung verfassungswidriger Symbole bereits gerichtsbekannt.

Während einer der Täter sich kurz bei dem Betroffenen entschuldigte, bezichtigte der andere Angeklagte das Opfer, sich die Verletzung selbst zugefügt zu haben. Auch seine Verteidigerin gab dem Angegriffenen eine Mitschuld und bemerkte im Plädoyer, dass Opfer hätte „nicht so clever“ gehandelt, weil es sich noch mit den Rechten unterhalten habe und nicht gleich geflüchtet sei. Das Gericht folgte dieser Auffassung nicht und sah die gemeinschaftlich begangene Körperverletzung als erwiesen an. Das Opfer sollte nach Ansicht des Gerichts von Anfang an eine „Abreibung“ bekommen und „wegen seiner Einstellung bestraft werden“. Gleichzeitig wurde wegen der wiederholten Rückfälligkeit der Täter ein Versagen der beteiligten Institutionen konstatiert.

Der Betroffene des Angriffs zeigte sich nach dem Urteil gegenüber der LOBBI erleichtert, dass er zumindest einem der Täter nicht mehr auf der Straße begegnen kann. Auch Monate nach der Tat, bewegt sich der Jugendliche noch nicht angstfrei in der Hansestadt. ■

Im Westen was Neues

Viele Vertreter/innen von Medien, Politik und Wissenschaft, sowie manche/r Bewohner/in der alten Bundesländer fokussieren ihre Wahrnehmung rechtsmotivierter Angriffe und die Auseinandersetzung mit dem Thema auf die Situation im Gebiet der ehemaligen DDR. Jetzt werden im Westen Beratungsnetzwerke gegen Rechts installiert. Welchen Stellenwert die Opferperspektive und die praktische Unterstützung von Betroffenen rechter Gewalt dabei einnehmen, ist noch ungewiss.

Das Bundeskriminalamt verzeichnet für das Jahr 2007 insgesamt fast 1000 Gewalttaten aus dem Bereich „Politisch motivierte Kriminalität – rechts“ - etwa 58 Prozent dieser Angriffe ereigneten sich in den alten Bundesländern. Auf die Bevölkerungszahlen bezogen, führt der Osten die Behördenstatistik deutlich an, schon auf Platz 4 und 6 folgen jedoch Bremen und Schleswig-Holstein und liegen in dieser Hinsicht noch vor Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Vergleicht man die absoluten Zahlen rechter Angriffe befindet sich Nordrhein-Westfalen mit seiner extrem militanten Kameradschaftsszene im bundesweiten Vergleich sogar an der Spitze. Vorfälle aus diesem Jahr illustrieren, dass Gewalt gegen alle, die nicht ins rechte Weltbild passen, auch in den alten Bundesländern zum Alltag gehört: Bei einem geplanten Überfall auf ein Sommercamp der LINKSJUGEND in Nordhessen fügten Neonazis am 20. Juli 2008 einem 13-jährigen Mädchen schwere Kopfverletzungen zu. In Pforzheim in Baden-Württemberg verletzten am 24. Oktober 2008 Kameradschaftsmitglieder einige BesucherInnen eines Konzerts der Teenieband KILLERPILZE.

Die Bundesregierung fördert seit 2007 die Einrichtung von Beratungsnetzwerken gegen Rechtstextremismus auch in den alten Bundesländern. Zwar sind in den Leitlinien des Programms Betroffene rechter Gewalt explizit als Zielgruppe von Unterstützungsangeboten genannt. Zwingend vorgeschrieben ist die Implementierung von Opferberatung aber nur für die neuen Bundesländer. Im Oktober trafen sich deshalb MitarbeiterInnen der ostdeutschen Beratungsprojekte für Betroffene rechter Gewalt mit Mitgliedern aus einigen neuen westdeutschen Beratungsnetzwerken zu einem Fachaustausch und Wissenstransfer. Die TeilnehmerInnen aus Bremen, Hessen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg diskutierten kritisch die Wahrnehmung rechter Gewalt in ihren Ländern. Sehr deutlich wurde ein Bedarf an entsprechenden Unterstützungsangeboten für die Betroffenen formuliert. Der Landeskoordinator von Rheinland-Pfalz kündigte für 2009 eine Qualifizierung für den Bereich Opferberatung an – in Bayern ist ähnliches angekündigt. In den anderen alten Bundesländern gibt es diese Ansätze noch nicht.

Täterfixierung, Jugendorientierung oder Repressionsmodelle waren in der Vergangenheit häufig dominierend in der Strategieentwicklung gegen Rechts. Im Jahr 2001 hat man sich in Bezug auf die neuen Bundesländern bewusst für die Unterstützung der Betroffenen entschieden - als gesellschaftliches Signal, dass es eine besondere Verantwortung des Staates gegenüber Opfern von rechter und rassistischer Gewalt gibt und als Ausdruck davon, dass die Opferperspektive ein zentraler Aspekt in der Auseinandersetzung mit rechten Strukturen, Einstellungen und Gewalttaten ist. Diese Richtungsentscheidung muss auch in Westdeutschland getroffen werden und in der Einrichtung von Unterstützungsangeboten münden. Die Bundespolitik bleibt ebenfalls in der Verantwortung. Die lange diskutierte Idee einer Stiftung zur Sicherung professioneller Beratungsstrukturen muss wieder auf die Tagesordnung. Sonst stehen mit dem Auslaufen von Bundesprogrammen wichtige und richtige Konzepte vor dem Aus – in Ost und West. ■

Boizenburg / 18. August 2008

Am Bahnhof der Kleinstadt wird ein alternativer Jugendlicher von drei Rechten angegriffen. Sie schlagen ihn zu Boden. Anschließend schlagen und treten sie auf ihn ein und werfen ihn dann über einen Zaun. Der Betroffene kann zu einem Wohnhaus fliehen und dort klingeln. Als Anwohner aufmerksam werden und die Polizei rufen, flüchten die Schläger. Der Betroffene muß drei Tage lang stationär behandelt werden.

Schwerin / 26. Mai 2008

Ein geistig behinderter Mann wird in Schwerin von Unbekannten mit Nazisymbolen und rechten Parolen beschmiert. Die Täter malen dem jungen Mann, der die Tat aufgrund seiner Behinderung nicht einordnen kann, unter anderem Hakenkreuze ins Gesicht. Angehörige bemerken den Vorfall, informieren allerdings nicht die Polizei. Bekannt wird die Tat erst durch eine Anzeige der Betreuerin des Betroffenen.

Rostock / 23. August 2008

Im Rostocker Stadtteil Gehlsdorf werden Polizeibeamte von etwa 50 Rechten angegriffen, als sie ein verbotenes Rechtsrockkonzert auflösen wollen. Die Angreifer attackieren die Beamten mit Bänken, Bierkästen und Feuerlöschern und verletzen elf von ihnen leicht. In den folgenden Tagen kommt es in der Hansestadt zu Diskussionen, da der Veranstaltungsraum auf einem städtischen Grundstück liegt und schon seit längerem von der rechten Szene genutzt wird.

Schönberg / 30. August 2008

Rechte greifen in der Kleinstadt im Landkreis Nordwestmecklenburg ein Rock gegen Rechts - Konzert an. Sie werfen mit Flaschen auf Gäste und Veranstalter, ohne jemanden zu treffen und ziehen sich anschließend zunächst zurück. Als sie sich erneut sammeln, greift die Polizei ein und verhindert ein erneutes Vordringen zum Konzertgelände.

Gadebusch / 22. September 2008

Sämtliche Fensterscheiben der Geschäftsstelle der LINKEN werden mit rechten Parolen, Beschimpfungen oder Hakenkreuzen beschmiert. Neben Sprüchen wie: „Ob Ost, ob West – nieder mit der roten Pest!“, die in den vergangenen Wochen auch schon an das Gebäude des KULTUR UND TOLERANZ E.V. gesprüht wurden, ist auch ein Zitat der Hitlerjugend zu lesen.

Rostock / 26. September 2008

Während und nach dem Bundesligaspiel des FC HANSA gegen den FC SANKT PAULI aus Hamburg kommt es wiederholt zu Angriffen auf die Fans der Gäste, die als links gelten. Unter den Angreifern befinden sich außergewöhnlich viele Rechte, die nach Einschätzung von AugenzeugInnen ansonsten keine StadiongängerInnen sind. Neben körperlichen Attacken kommt es immer wieder zu Beleidigungen der SANKT PAULI Fans. Außerdem wird vereinzelt gesungen: „Wir bauen eine U-Bahn von Sankt Pauli bis nach Auschwitz“.

„Das ganze Deutschland soll es sein“

Mit einer Mischung aus Revanchismus, dem Schüren von Vorbehalten und gezielten Sachbeschädigungen agiert die rechte Szene gegen den Zuzug von Polen und Polinnen nach Mecklenburg-Vorpommern. Insbesondere im Landkreis Uecker-Randow ist im Zuge der anstehenden Kommunalwahlen für 2009 mit einer weiteren Zunahme antipolnischer Propaganda zu rechnen.

Das deutsch-polnische Nachbarschaftsfest am 5. Oktober in Löcknitz ist gut besucht – zumindest von Polinnen und Polen. Fußballturnier, Sumo-Ringen, Tanzgruppen, Bands, ein Workshop mit dem bekannten DJ Tomekk, Hüpfburg, Ponyreiten – das umfangreiche Kulturprogramm lockt nur wenige deutsche Einheimische auf den Sportplatz der grenznahen Kleinstadt. Dabei gibt es viele deutsch-polnische Nachbarschaftsverhältnisse in Löcknitz und der ganzen Region. Von den etwa 3000 Polen und Polinnen in Mecklenburg-Vorpommern, leben fast ein Drittel im Landkreis Uecker-Randow. Bevölkerungszuwachs, Wohnungsleerstand unter einem Prozent, Ansiedlung von zwei Dutzend polnischen Firmen, Investitionen, Immobilienkäufe, Arbeitsplätze, Kaufkraft – der Löcknitzer Bürgermeister Lothar Meistring wird nicht müde, die positiven Folgen dieser Entwicklungen herauszustellen. Neonazis interessiert das indes wenig: „Polenfreund pass auf!“ drohte eine Parole am Rathaus der Kleinstadt.

Ziel: Vertreibung

Die rechte Szene taucht beim Nachbarschaftsfest nur am Rande auf. Ein Security-Mitarbeiter versteckt nach einem Hinweis der Polizei seine Gürteltasche mit dem THOR STEINAR Logo. Ein kleiner Trupp jungen Männer, ebenfalls mit dieser in Neonazi-Kreisen beliebten Modemarke bekleidet, schlendert lästernd über das Gelände. Ein Skinhead in Tarnkleidung mit „White Power“ Aufnäher schaut biertrinkend beim Fußball zu. Diese Zurückhaltung zeigen die Rechten nicht immer. Im August 2007 werden Wohnungsgesellschaft und andere Gebäude mit antipolnischen Parolen beschmiert. Am zweiten Januarwochenende diesen Jahres werden an neun polnischen Autos Kennzeichen abgerissen oder Scheiben eingeschlagen. Einen Monat später werden u.a. an das deutsch-polnische Gymnasium Parolen gesprüht, erneut ein Auto und ein Firmenschild beschädigt. Von weiteren antipolnisch motivierten Sachbeschädigungen ist in Löcknitz die Rede. Im ostvorpommerschen Kamminke fühlt sich im Juni ein Ehepaar aus Świnoujście ernsthaft bedroht, als ihrem Fahrzeug von einem deutschen Auto der Weg verstellt wird und die Insassen sie als Polenschweine beschimpfen und an der Tür rütteln. Die Methode: gezielte Einschüchterung von Polen und Polinnen oder Einrichtungen und Personen, die mit ihnen zusammenarbeiten. Das Ziel: Vertreibung. Auf dem Löcknitzer Burgfest macht es ein Rechter überdeutlich: „Löcknitz bleibt Deutsch“ und „Kein Fußbreit deutschen Boden mehr!“ prangt auf seinem T-Shirt. Den ideologischen Backround für die Täter könnte die NPD in Mecklenburg-Vorpommern geliefert haben. Antipolnische Agitation zieht sich seit Jahren als zentrales Moment durch ihre Politik. Vor allem und durchgängig wird die Oder-Neiße-Linie als unverletzliche Westgrenze Polens von Funktionären der Partei in Frage gestellt. Der Anklamer Kreistagsabgeordnete Michael Andrejewski sprach schon im Dezember 2005 vom „deutschen Land Pommern“ und von „im Augenblick polnisch besiedelten Gebieten“. NPD-Chef Udo Pastörs brüllt bei einer rechten Kundgebung im Sommer 2007 unmißverständlich: „Die deutschen Ostgebiete sind nach wie vor völkerrechtlich einwandfrei und lupenrein deutsche Gebiete und stehen unter polnischer Besatzung.“ und weiter: „uns derweil noch die Möglichkeit fehlt, von unserem Eigentum auch Besitz zu ergreifen, was nicht gleich bedeutend ist, dass wir darauf verzichten.“ Zuletzt stellte sein Parteifunktionär David Petereit seine Zukunftsvorstellungen auf einem von ihm verantworteten Plakat zum 03. Oktober 2008 klar. Unter einer Karte, die neben

der BRD auch die ehemaligen Gebiete Hinterpommern, Schlesien und Ostpreussen darstellt, ist der Schriftzug „Das ganze Deutschland soll es sein!“ zu lesen.

NPD siegesgewiss

So vehement die rechte Szene einerseits die polnische Westlinie in Frage stellt, so fordert sie andererseits die Schließung eben dieser Grenze. In ihrer Begründung greifen die Neonazis dabei auf positive Erfahrungen mit einer rassistischen Kampagne aus den Jahren 2002 und 2003 zurück. Unter dem Motto „Schöner und sicherer Wohnen“ versuchten NPD und Kameradschaften die Einrichtung von Unterkünften für Flüchtlinge zu verhindern. Ihre Argumentation damals: „Asylanten“ wären für steigende Kriminalität verantwortlich, die Deutschen wären bald eine „Minderheit im eigenen Land“ und die Flüchtlinge würden finanziell bevorzugt. Demonstrationen, Flugblätter, Unterschriftensammlungen, Sprümparolen – die Aktionen der Rechten erhielten Zuspruch aus der Bevölkerung. Mit ähnlichen „Gespenstergeschichten“ (Peter Ritter, Landtagsfraktion der LINKSPARTEI) agitieren sie jetzt wieder. So wird ein sofortiger Stop des Zuzugs von Polen und Polinnen verlangt, um einer vermeintlichen „Polonisierung“ und „Entdeutschung“ entgegenzuwirken. Polnischer Sprachunterricht würde die deutschen Kinder ihrer „arteigenen Kultur“ und ihrem „eigenen Volk (...) entfremden“. Die Veröffentlichung von ausgewählten Straftaten und Polizeimeldungen aus der Region hat offenbar eine gesteigerte Kriminalitätsfurcht im Zusammenhang mit der Grenzöffnung zum Ziel. Immer wieder legt die NPD-Propaganda auch nahe, die polnischen Einwohner und Einwohnerinnen würden besser behandelt als die deutschen.

„Grenzen dicht!“ fordert ein Flugblatt, dass die NPD an Infotischen und in Briefkästen schon jetzt verteilt. Für die Neonazis hat der Wahlkampf um Kommunalmandate im nächsten Jahr längst begonnen. Die Partei will 2009 „keine Gelegenheit ungenutzt lassen, um die ihnen von der Geschichte aufgetragene Rolle wahrzunehmen: letzter verbliebener Anwalt der Deutschen zu sein“. Tino Müller, der Schweriner Fraktionsvize stammt aus dem Uecker-Randow-Kreis und gibt sich siegesgewiss. In den Städten und Gemeinden in dieser Region kann er sich schon jetzt etlicher WählerInnen sicher sein. Bei den Landtagswahlen 2006 holte seine Partei beispielsweise in Löcknitz 20,7 % der Zweitstimmen. Bestärkt haben ihn sicher auch die Wahlergebnisse vom September aus dem benachbarten Brandenburg. Dort gewann die NPD im Landkreis Uckermark zwei Kreistagsmandate. Kandidatin Irmgard Hack machte auch dort den Zuzug aus Polen zum Thema und offenbarte in einem Interview, dass es ihr nicht um Arbeitsplätze, sondern allein um antipolnische Propaganda geht. Selbst ein Gaststättenbesitzer, der sieben deutsche MitarbeiterInnen einstellte, sollte ihrer Meinung nach das Land wieder verlassen.

Furchtbare Erfahrungen

An den Biertischen beim Nachbarschaftsfest werden das schlechte Wetter und verspätete Werbung als Gründe für den geringen Andrang deutscher Besucher und Besucherinnen diskutiert. Antipolnische Einstellungen in der deutschen Bevölkerung kommen nicht zur Sprache. Tatsächlich gibt es viele Beispiele gelungener Zusammenarbeit und alltägliche Begegnungen, die von gegenseitiger Akzeptanz geprägt sind. Dennoch ist das Klima vergiftet. Die neuen Löcknitzer und Löcknitzerinnen aus Polen nehmen die Vorfälle als gegen sie gerichtet wahr, auch wenn bisher nur einzelne persönlich betroffen waren. Polnische Medien beobachten aufmerksam die Entwicklungen in der Grenzregion und die Reaktionen darauf. Eine Swinemünder Abgeordnete äußerte schon nach der Landtagswahl 2006 seine Sorge über die Stimmenzuwächse der NPD, da gerade „diese Partei nach Wurzeln greift, mit denen die Polen furchtbare Erfahrungen gemacht haben.“ ■

Gnoien / 10. Oktober 2008

Bereits zum zweiten Mal werden die Scheiben des Familienzentrums KULTURBORSE eingeschlagen. In der Stadt geht man von einer zielgerichteten Aktion der rechten Szene aus. In Gnoien befindet sich das Neonazi-Geschäft NORDLICHT - außerdem häufen sich in letzter Zeit Flugblatt und Klebeaktionen mit NPD-Materialien.

Boizenburg / 31. Oktober 2008

Am Wochenende kommt es erneut zu rechtsmotivierten Angriffen. So wird zunächst am Freitag das Motorrad eines jungen Linken angezündet. Am Samstag wird dann Feuer in einer Gartenlaube gelegt, die alternativen Jugendlichen als Treffpunkt gedient hatte. Die Laube, die in der Vergangenheit schon mehrfach das Ziel rechter Attacken war, brennt aus und es entsteht erheblicher Sachschaden.

Krakow a. See / 01. November 2008

In der Kleinstadt im Landkreis Güstrow wird ein türkischer Gastwirt kurz vor dem Schließen seines Pubs von mehreren Rechten aufgesucht. Sie bedrängen ihn zunächst, um Alkohol zu bekommen. Aus Angst schenkt er ihnen Getränke aus, doch dann beginnen zwei aus der Gruppe unvermittelt einen Streit. Sie beschimpfen ihn rassistisch und greifen ihn mit einem Messer und mit Flaschen an. Er trägt mehrere Schnitt- und Platzwunden davon, bevor er schließlich durch ein Fenster flüchten kann.

Risse in der „Volksfront von rechts“?

Braunes Fußballturnier

Am 06. September findet in einem Dorf im Landkreis Parchim unter den Augen der Polizei ein Fußballturnier mit fünfzehn Teams aus der rechten Szene statt. Unter den mehr als einhundert Teilnehmern und Teilnehmerinnen aus Mecklenburg-Vorpommern und anderen Bundesländern befinden sich auch NPD-Funktionäre und Aktivistinnen der ultrarechten Organisation GEMEINSCHAFT DEUTSCHER FRAUEN (GdF). Letztere beteiligen sich mit einem Infostand und als Mitspielerinnen an der Veranstaltung. Vor einem Jahr fand ein ähnliches, von der GdF und dem Kreisvorsitzenden der NPD Andreas Theissen organisiertes, Turnier noch im Dammereezzer Park im Landkreis Ludwigslust statt. Der Förderverein des Parkes hatte, nachdem ihm der rechte Hintergrund der Veranstaltung deutlich wurde, damals verkündet: „Hier spielen die nie wieder.“ Die Neonazis haben jetzt offenbar einen Ausweichort gefunden.

Service für die NPD

Das Nachrichtenportal MVREGIO veröffentlicht im September bereits zum zweiten Mal unkommentiert eine Pressemitteilung der NPD. Nachdem NPD-BLOG.INFO kritisiert, dass „die völkische NPD ihre Propaganda ungefiltert und sogar noch als redaktionelle Nachricht verpackt verbreiten“ kann, wird die Meldung wieder entfernt. Eine Pressemitteilung der Partei vom Mai ist jedoch nach wie vor dort zu lesen. Der Informationsdienst BLICK NACH RECHTS bezeichnete MVREGIO als „leuchtendes Beispiel für schlechten, unkritischen Journalismus“.

Der Konflikt zwischen NPD und den sogenannten AUTONOMEN NATIONALISTEN spielte bislang in Mecklenburg-Vorpommern kaum eine Rolle. Doch in Stralsund kommt es am 03. Oktober zum Eklat: ein Neonaziaufmarsch spaltet sich und zwei Gruppen marschieren getrennt.

„Wer hat uns verraten? Nationaldemokraten!“

Passanten bietet sich am 03. Oktober in Stralsund ein merkwürdiges Schauspiel. Etwa dreihundert AnhängerInnen der NPD demonstrieren für einen „Nationalen Sozialismus“ träge durch den Regen. Mit einigem Abstand folgt ihnen ein kleinerer Demonstrationszug. Schwarz gekleidet, Sonnenbrillen und Kapuzen aufgesetzt, teilweise mit Tüchern verummmt, Fäuste werden in die Luft gereckt - die etwa 60 Mitglieder der Gruppe sind deutlich lauter und motivierter. GegendemonstrantInnen? Nein, ebenfalls Neonazis. „Wer hat uns verraten? Nationaldemokraten!“ skandieren die jugendlichen Rechten – auf einem Kapuzen-Pullover prangt der Schriftzug „Autonome Nationalisten“. Zwei Einheizer führen den Zug an. Sie geben die Parolen mit einem Megafon vor – gegen Israel, die Polizei und eben auch gegen die Nationaldemokraten.

„Pubertäres Bürgerschreckgehebe“

Das Etikett AUTONOME NATIONALISTEN (AN) geben sich Teile der bundesdeutschen Kameradschaftsszene bereits seit 2002. Schwarzes, sportliches Outfit, Übernahme antifaschistischer Symbolik, englischsprachige Parolen auf Transparenten - die Adaption linksautonomer Ästhetik ist das Markenzeichen dieser „neuen“ Neonazis. Neben ihrem Erscheinungsbild sorgen die AN vor allem mit ihrem gewalttätigen Auftreten für Aufmerksamkeit. Immer öfter erscheinen bei Aufmärschen sogenannte „schwarze Blöcke“, die versuchen Polizeiketten zu durchbrechen oder JournalistInnen und GegendemonstrantInnen anzugreifen. Ideologisch unterfüttert wird der neue Style nur selten – ein gemeinsames politisches Konzept der „autonomen“ Gruppen ist nicht zu erkennen. Die „schwarzen Blöcke“ sorgen schon länger für Auseinandersetzungen im rechten Spektrum. Während sich die AN im Gegensatz zur defensiven Parteirechten als kämpferische Alternative verstehen, wird ihr Agieren von anderen Neonazis als „pubertäres Bürgerschreckgehebe“ und „lächerlicher Mummenschanz“ abgetan. Vorläufiger Höhepunkt des Konfliktes ist eine Stellungnahme des NPD-Präsidiums vom August 2007. Unter der Überschrift „Unsere Fahnen sind schwarz – unsere Blöcke nicht!“ gab man bekannt, diese „Modeerscheinung“ nicht mehr dulden zu wollen – eine Demonstration sei schließlich kein „Faschingsball“. Offensichtlich macht man sich Gedanken um die Außenwirkung.

Zusammenarbeit und Unterordnung

Schwarze Reihen bei Aufmärschen in Mecklenburg-Vorpommern deuteten bis vor einigen Jahren auf die Teilnahme Berliner Kameradschaften hin. Im Februar 2005 traten dann Rostocker Neonazis bei einem Infostand in der Hansestadt und wenig später auch bei einem Aufmarsch in Bützow mit einem Transparent auf, das eine verummte Gestalt zeigte und mit „Autonome Nationalisten“ unterschrieben war. Dabei handelte es sich um Personen aus dem Umfeld der GRUPPE HATECREW 88, die aber seit zwei Jahren nicht mehr in Erscheinung tritt.

Erst seit diesem Jahr treten hiesige Neonazis bei Aufmärschen mit eigenen schwarzen Blöcken auf. Diese rekrutieren sich hauptsächlich aus den NATIONALEN SOZIALISTEN ROSTOCK (NSR) [„Wir sind eine Gruppe Autonomer Nationalisten“] und der KAMERADSCHAFT MALCHIN [„Wie die Fahne – so der Block“]. Sprühpapieren am Teterower Bahnhof oder eine von den NSR unterstützte, verummte Kleinstdemonstration am 26. Juli 2008 in Greifswald lassen auf weitere vereinzelte AnhängerInnen in anderen Städten

schliessen. Landesweit gibt es jedoch wohl kaum mehr als 50 AN.

Schwerwiegende Differenzen zwischen der NPD und den Gruppen aus Rostock und Malchin schien es bisher nicht zu geben. So posiert der Malchiner Neonaziführer Hannes Ram auf einem Foto mit Fraktionschef Pastörs. Für die NSR ist das Neonazigeschäft DICKKÖPP ein beliebter Anlaufpunkt und die beiden NPD-Funktionäre Birger Lüssow und David Petereit scheinen als Kontaktpersonen zu fungieren.

Bei den diesjährigen Aufmärschen fügten sich die AUTONOMEN NATIONALISTEN bisher dem Diktat der NPD. In Neubrandenburg ordneten sie unter dem Gelächter von PolizistInnen eifrig ihre Reihen, als der NPD-Sprecher sie lautstark auf die Einhaltung der Marschordnung hinwies. In Güstrow verzichteten sie sogar auf das Brüllen ihrer Lieblingsparole „Autonom! Militant! Nationaler Widerstand!“

Sturm im Wasserglas

Auch der Eklat von Stralsund war schnell wieder vom Tisch. Erklärten die NSR noch am 05. Oktober auf ihrem mittlerweile geänderten Blog, dass ihnen die NPD „am Arsch vorbei geht“, wurde dies vier Tage später an gleicher Stelle revidiert. Ein „Missverständnis“ wäre der Grund der Spaltung. Die Auflage der Behörden, die das Tragen von Sonnenbrillen und Kapuzen untersagte, wäre als Anweisung der NPD verstanden worden. Schuld daran seien zwei Personen, die diese Information übermittelt haben. Unklar sei noch, ob es dabei um „mutwilliges Handeln“ ging. Eine vorsätzliche und gezielte Falschinformation wird also bemerkenswerterweise nicht ausgeschlossen. Bei den Schuldigen handelt es sich vermutlich um die beiden oben erwähnten Einheber, die aus Leipzig angereist waren und sich auch schon bei einer Demonstration in Berlin mit den NPD-Organisatoren stritten. Dass nur zwei Personen in der Lage sind, einen Aufmarsch zu spalten, zeigt wie stark das Führerprinzip und eben nicht Autonomie in den Köpfen der Neonazis verankert ist. Der Vorfall zeigt aber auch, dass die AN bzw. ihre Bezugspersonen in der NPD Lüssow und Petereit in der Szene des Landes keine besonders große Beachtung finden. Die beiden Funktionäre waren in Stralsund nicht vor Ort und keiner der anwesenden Kader bemühte sich die Situation aufzuklären.

Altes Modell im neuen Outfit

Neonazigangs wie die NSR entsprechen dem klassischen Bild einer Kameradschaft: eher jung, aktionsorientiert, mobilisierungsfähig - möglicherweise auch nur kurzlebig. Auch ihre Aktionsformen, die von „spontanen“ Aufmärschen, über Sprühpaparen bis zu Attacken auf politische Gegner reichen, sind nicht neu, sondern seit Jahren übliche Praxis.

Die AN fallen auf, weil die rechte Szene des Landes sich unter dem Dach der NPD immer weiter homogenisiert und regionale Kameradschaften kaum noch ein eigenes Profil entwickeln. Zweifellos ist das neue Outfit dieser Neonazis ihr markantestes Merkmal. Sie selbst beteuern, dass es nicht um einen neuen Lebensstil oder eine neue Subkultur geht, sondern nur um Schutz vor Repression. Allerdings dürfte ihr vermeintlich rebellischer Habitus gerade in städtischen Milieus für rechtsoffene Jugendliche deutlich attraktiver sein, als die völkische Jugendarbeit wie sie in ländlichen Regionen erfolgreich praktiziert wird. Somit könnten sich die AN durchaus als Alternative zu Volkstanz, Leistungsmärschen oder Parteiversammlungen etablieren. Die derzeitige relative Bedeutungslosigkeit der AUTONOMEN NATIONALISTEN in Mecklenburg-Vorpommern ist aber keineswegs Indiz für eine geringe Militanz in der Szene. Angriffe auf MigrantInnen, alternative Jugendliche und politisch Aktive sind Belege für die anhaltende Gewaltbereitschaft als Merkmal einer ultra rechten Gesinnung bei organisierten und unorganisierten Neonazis, egal wie sie sich kleiden. ■

Ungekürzter Text mit Fotos und weiterführenden Links unter www.lobbi-mv.de

Ungestörte Hassgesänge

Eines der bislang größten Neonazi-Konzerte Mecklenburg-Vorpommerns fand am 25. Oktober unbehelligt von der Polizei in Mallenthin statt. Nach unterschiedlichen Angaben zahlten zwischen 800 und 1500 Rechte den Eintritt von 20 Euro – vor allem, um die LUNKOFF VERSCHWÖRUNG von Michael Regener zu sehen. Dabei handelt es sich um den ehemaligen Sänger der berühmten Neonazi-Band LANDSER, der erst im Februar seine mehrjährige Haftstrafe wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung abgesessen hatte. Außerdem traten die Bands THRIMA aus Mecklenburg-Vorpommern, EXZESS aus Brandenburg, ANGRY BOOTBOYS aus Nordrhein-Westfalen und EINHERJER aus Schleswig-Holstein auf. Organisiert wurde das Konzert von Oliver Malina, der hauptsächlich in der Neonazi-Szene von Sachsen-Anhalt und Niedersachsen aktiv ist. Er soll dort mit der Organisation HONOUR & PRIDE die Arbeit des verbotenen Rechtsrock-Netzwerks BLOOD & HONOUR fortführen. Nur eine Woche später veranstaltete er ein weiteres Konzert im sachsen-anhaltinischen Harbke mit 400 BesucherInnen.

Polizei stoppt drei Nazitreffen

Ein Fackelmarsch, den Neonazis am Vorabend des 09. Novembers in Teterow planten, wurde durch Fahrzeugkontrollen und Polizeipräsenz verhindert. Ein Rechtsrock-Konzert machte die Polizei am 15. November in Rostock unmöglich. Hunderte Neonazis wollten die Bands DIE LIEBENFELS KAPPELLE aus Mecklenburg-Vorpommern, STURMWEHR aus Nordrhein-Westfalen, DAS LETZTE AUFGEBOT und KAHLSCHLAG aus Berlin sehen. In Ueckermünde untersagten die Polizei eine kleinere Musikveranstaltung der rechten Szene, die sie am 22. November in einem Garagenkomplex vorbereitete.

Ratgeber

Die LOBBI plant die polnische Übersetzung des Ratgebers „Was tun nach einem rechten Angriff“. Die Broschüre ist ab Februar online und als Papierausgabe verfügbar.

In deutscher, russischer, arabischer, vietnamesischer, englischer und französischer Sprache ist der Ratgeber schon jetzt auf der Internetseite des Vereins einzusehen.

Aktuelles, weitergehende Hintergrundinformationen, Beratungsangebote und mehr zum Thema rechter Gewalt finden Sie auf:

www.lobbi-mv.de

Befragung an Schulen

Der Verein SOZIALE BILDUNG (SoBi) stellt Anfang 2009 erste Ergebnisse seiner Studie zu rechten Einstellungen bzw. Gefährdungen unter Jugendlichen vor. Dabei wurden u.a. Gewaltakzeptanz und Angsterfahrungen untersucht. Das Modellprojekt „Demokratiestärkende Bildungsarbeit im ländlichen Raum“ hat dazu eine Befragung von mehr als 700 Jugendlichen, 270 Eltern, 120 Lehrkräften sowie 50 Interviews in Schulsozialräumen in den Landkreisen Bad Doberan, Güstrow, Demmin und Nordvorpommern durchgeführt. Ziel war es dabei, auch Potentiale der Entgegnung und Demokratisierung in den Sozialräumen herauszukristallisieren. Die Berichte der 13 untersuchten Schulen sind Ende Januar 2009 als anonymisierter Download auf der Homepage www.soziale-bildung.org einzusehen. Ein Gesamtbericht wird Mitte 2009 veröffentlicht. Das Modellprojekt arbeitet bis 2010 in drei ausgewählten Schulen weiter, um Projekte gegen Rechts und für Demokratiestärkung in den Sozialräumen zu entwickeln - best-practice-Instrumente und Strategien sollen auf andere Regionen übertragen werden.

SoBi ist langjähriger Kooperationspartner der LOBBI und hat seinen Sitz und Wirkungsschwerpunkt in Rostock. Der Verein ist Träger mehrerer Projekte im Bereich der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung mit den Schwerpunkten Interkulturelle Bildung, Globalisierung, Gentechnik, Erinnerungspolitik, Rechtsextremismus und Freie Kooperation. Mehr unter <http://soziale-bildung.org/db> ■

BERATEN
STÄRKEN
INFORMIEREN

Die LOBBI berät nach rechten Angriffen Betroffene, Angehörige oder ZeugnInnen. Wir unterstützen u.a. bei rechtlichen, finanziellen und psychischen Fragen. Das Angebot ist aufsuchend, freiwillig, kostenlos und auf Wunsch anonym. Eine Anzeige bei der Polizei ist keine Bedingung. Die LOBBI unterstützt die Selbstorganisation von Betroffenenengruppen und fördert die Wahrnehmung von Opferperspektiven in der Öffentlichkeit.

Sind Sie selbst von rechter Gewalt betroffen? Haben Sie Angriffe beobachtet oder davon gehört? **Ihre Mitteilung kann helfen** den Betroffenen unser Unterstützungsangebot zu unterbreiten. Außerdem können wir so das Ausmaß dieser Attacken dokumentieren.

Sie können unsere Arbeit durch **Ihre Spende** fördern. Spenden sind steuerlich absetzbar. Eine entsprechende Bescheinigung stellen wir Ihnen gerne aus.

LOBBI

Landesweite Opferberatung
Beistand und Information
für Betroffene rechter Gewalt
in Mecklenburg-Vorpommern

Unsere Regionalbüros:



LOBBI West
Hermannstraße 35
18055 Rostock
mobil: 0170 528 2997
Fon: 0381.200 93 77
Fax: 0381.200 93 78
west@lobbi-mv.de

LOBBI Ost
Tilly-Schanzen-Strasse 2
17033 Neubrandenburg
Mobil: 0160.8442189
Telefon: 0395.4550718
Fax: 0395.4550720
ost@lobbi-mv.de

Unser Spendenkonto:

LOBBI
Ostseesparkasse Rostock
Kontonr.: 205040 594
BLZ: 130 50 000

LOBBI wird gefördert durch:

**Mecklenburg
Vorpommern**
Ministerium für Soziales
und Gesundheit

